Politische Revue

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **69 (1990)**

Heft 3

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

rüstungstechnische Forschungsaufträge erteilt werden. Die Standortpolitik hinsichtlich der Regiebetriebe (die heute Gebiete wie Thun-Innerport, Nidwalden, Uri u.a. besonders «militärlastig» macht), ist neu zu überdenken, wobei Ersatzmöglichkeiten für allenfalls verlorengehende Arbeitsplätze zu suchen sind.

Wird Rüstungsbedarf im Ausland beschafft, ist von Kompensationsgeschäften abzusehen; diese verlocken die Industrie geradezu, eine möglichst «perfekte» und entsprechend kostspielige Rüstung zu verlangen.

2.3.3 *Beitrag der Schweiz zu internationalen Entspannungs-, Abrüstungs- und Friedensbemühungen.* Hier ist auf die in Nr. 3/1989 der «Roten Revue» veröffentlichten «Thesen zu einer friedensfähigen Sicherheitspolitik» zu verweisen, die ergänzt und konkretisiert werden müssen. Da im einzelnen der Zusammenhang mit der Konversionsproblematik (abgesehen z.B. bei der dort nicht erwähnten Förderung des Osthandels u.a. durch Nichtanerkennung der Cocom-Liste) in der Regel nur indirekt gegeben ist, verzichten wir hier auf weitere Ausführungen. Grundsätzlich muss aber – im Gegensatz zur heutigen Situation – sowohl für die Aussen- wie für die Sicherheitspolitik die Maxime einer strikten Äquidistanz zu den Supermächten und Militärbündnissen gelten.

Mehr Politik gefälligst!

Die TV-Sendung «Lokaltermin» vom 22. Februar hatte das Kampfflugzeug F/A-18 zum Thema. Auf der Befürworterseite waren hohe Fliegeroffiziere und der früher im EMD beschäftigte Militärexperte Gustav Däniker. Die Kritiker waren Politiker, u.a. SP-Nationalrat Elmar Ledergerber. Friedens- und Konfliktforscher sowie Normalbürgerinnen und -bürger waren auch vertreten. Das erfreulichste an der anfänglich von Kampfjet-Spots beherrschten Sendung war, dass nicht die Sachzwangargumente der Militärs bei den Leuten aus der Bevölkerung stark angekommen sind. Vielmehr vertrauen sie den kritischen, grundsätzlichen sowie auch ablehnenden Argumenten der Politiker. *(rz)*

Villiger-Sendung: Freisinnige Empörung unberechtigt

Die vieldiskutierte Villiger-Sendung am Deutschschweizer Radio lässt offenbar historisch-wissenschaftlich keine Fragen offen. Nach dem freisinnigen Protestgeheul des letzten Jahres und den beleidigenden Äusserungen von Bundesrat Kaspar Villiger, weil das Bild seines stumpenfabrizierenden Vaters während der Nazizeit etwas angekratzt worden war, hatte die SRG ein historisches Gutachten in Auftrag gegeben. Gemäss «Sonntags-Blick» vom 18. Februar hat der freisinnige Basler Historiker Georg Kreis nun kein historisch unhaltbares Haar in der Suppe bzw. in der Villiger-Sendung gefunden. Die grosse Empörung beim Freisinn ist also unberechtigt. *(rz)*

Sankt Florian

18 bürgerliche Nationalrätinnen und -räte aus den Kantonen Bern und Solothurn wollen den «Kaiseraugst-Verzicht» auch am Beispiel des Atomkraftwerks Graben durchspielen. Sie wollen mit einer Motion den Verzicht auf Graben und eine Bundesentschädigung von 150 Millionen Franken an die Kernkraftwerk Graben AG, halten aber weiterhin an der «Option Kernenergie» fest. Also: «Atomkraft ja, aber bitte nicht bei meinen Wählern!», ist die Devise. Das ist der altbekannte Sankt Florian. Statt eine sparsame Energiepolitik zu machen, die eine Zukunft ohne Atomkraftwerke brächte, statt die Atom-Ausstiegs-Initiative zu unterstützen und damit eine sichere Stromversorgung ohne Atomrisiken, machen die Bürgerlichen frischfröhlich Atomstromimport aus Frankreich und verlangen erst noch, dass die Steuerzahlerinnen und -zahler diese faule Politik mit 150 Millionen finanzieren, obwohl sie bereits als Stromkonsumenten dafür zur Kasse gebeten worden sind. So wird das Volk für dumm verkauft. *(rz)*